

Vierteljahresschrift zur empirischen
Wirtschaftsforschung, Jg. 43



■ Michael Grömling

Säkulare Stagnation

Erwartungen und Begründungen deutscher Unternehmen

Vorabversion aus: IW-Trends, 43. Jg. Nr. 1
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Verantwortliche Redakteure:

Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776

Dr. Oliver Stettes, Telefon: 0221 4981-697

groemling@iwkoeln.de · stettes@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de, die erforderlichen Rechte für elektronische Pressespiegel unter
www.pressemonitor.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2016 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH

Postfach 10 18 63, 50458 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-452

Fax: 0221 4981-445

iwmedien@iwkoeln.de

www.iwmedien.de

Säkulare Stagnation – Erwartungen und Begründungen deutscher Unternehmen

Michael Grömling, Januar 2016

Annähernd zwei Drittel der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln befragten Unternehmen erwarten eine anhaltend schwache wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Die Unterschiede zwischen den großen Wirtschaftsbereichen und Unternehmensgrößen halten sich in Grenzen. Die Unternehmen, die von einer Säkularen Stagnation ausgehen, führen in erster Linie angebotsseitige Begründungen an, wie die Gefahr eines Fachkräftemangels sowie Arbeits-, Energie- und Regulierungskosten. Dies spricht für eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und nicht für eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik.

Stichwörter: Säkulare Stagnation, Nachfragepolitik, Angebotspolitik

JEL-Klassifikation: E23, O40, E60

Theoretische Begründungen einer anhaltenden Stagnation

Das schwächere Wachstum in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften seit der globalen Finanzmarktkrise (Abbildung 1) hat auch die Befürchtung geweckt, dass es sich hierbei nicht nur um ein vorübergehendes, sondern um ein länger andauerndes Phänomen handeln kann. Dabei werden Parallelen zu der Ende der 1920er Jahre beginnenden Großen Depression gezogen. In deren Gefolge wurde ebenfalls vor den Gefahren einer lang anhaltenden Wachstumsschwäche oder einer Säkularen Stagnation gewarnt (Hansen, 1939; Uebele, 2016). In der aktuellen Diskussion wird eine Reihe von Thesen angeführt, die für eine länger anhaltende wirtschaftliche Stagnation und damit moderate Wohlstandsgewinne sprechen (Teulings/Baldwin, 2014; Matthes, 2016). Diese Erklärungen können grob in zwei Argumentationslinien zusammengefasst werden:

- Die Finanzmarktkrise, die im Jahr 2007 ihren Anfang nahm und vor allem im Winter 2008/2009 zu starken Wirtschaftseinbrüchen in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften führte, verschärfte das bereits in vielen Ländern schon vorher bestehende Staatsschuldenproblem erheblich. In einigen Ländern

hatte auch der Privatsektor einen hohen Schuldenstand. Das im Gefolge dieser Staatsschuldenkrisen entstandene Niedrigzinsumfeld begrenzt nun die geldpolitischen Möglichkeiten im Fall einer dauerhaften Unterauslastung der Produktionskapazitäten (Summers, 2014). Die Neuformierung der Schwellenländer, die dort zu deutlich niedrigeren Wachstumsraten und zum Teil zu Rezessionen führt, verstärkt über die gedämpften Außenhandelsaktivitäten die Nachfrageprobleme in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

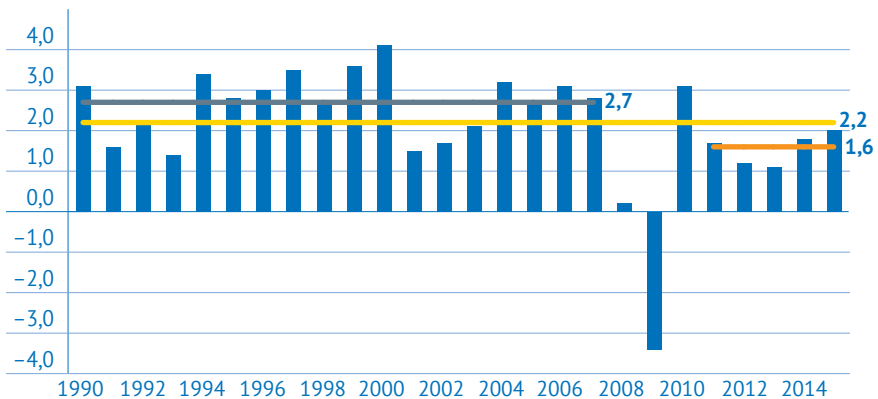
- Aus angebotsseitiger Perspektive werden dagegen die Anpassungslasten infolge der absehbaren – und zum Teil schon faktischen – demografischen Entwicklung betont. Der Rückgang und die gleichzeitige Alterung der Bevölkerung sorgen zunehmend für ein schwächer expandierendes Produktionspotenzial. Diese Entwicklung wird möglicherweise verschärft durch eine nachlassende Innovationsdynamik – vor allem wegen fehlender Basisinnovationen (Gordon, 2014).

Mit Blick auf das letztgenannte Argument werden derzeit allerdings gleichzeitig die hohen wirtschaftlichen Potenziale einer fortschreitenden Digitalisierung des Wirtschaftslebens betont. Die Anwendung digitaler Technologien, beispielsweise

Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

Abbildung 1

Veränderung des realen BIP der Gruppe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften¹⁾ gegenüber dem Vorjahr und verschiedene Durchschnittswerte²⁾ in Prozent



1) IMF-Abgrenzung Advanced Economies.

2) Durchschnitte für die Zeiträume 1990 bis 2015, 1990 bis 2007 und 2011 bis 2015.

Quellen: IMF; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

bei der Kommunikation zwischen Maschinen (M2M) und einer intelligenten Ausnutzung von großen Datenmengen (Big Data), soll bei der Gestaltung der künftigen Wertschöpfungsprozesse zusätzliche Produktivitätsfortschritte und Wachstumsschübe auslösen (Brynjolfsson/McAfee, 2014).

Die Gefahr einer anhaltenden Wachstumsschwäche ruft mit Blick auf diese unterschiedlichen Begründungen nach nachfrage- oder angebotsorientierten Maßnahmen der Wirtschaftspolitik. Vor diesem vielschichtigen theoretischen und wirtschaftspolitischen Hintergrund wurden im Herbst 2015 die Unternehmen in Deutschland vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) zu ihrer Einschätzung hinsichtlich einer länger anhaltenden Wachstumsschwäche hierzu-lande befragt. Dabei stehen zwei Fragestellungen im Vordergrund:

- Zum einen geht es darum, eine Einschätzung zu bekommen, ob die Unternehmen überhaupt von einer solchen Säkularen Stagnation in Deutschland ausgehen.
- Ist dies der Fall, dann geht es zum anderen darum, ob dies eher mit nachfrage- oder angebotsseitigen Argumenten begründet wird. Diese Einschätzungen liefern Anhaltspunkte für wirtschaftspolitische Implikationen.

IW-Konjunkturumfrage als Datenbasis

Diese empirische Bestandsaufnahme wird auf Basis der aktuellen Konjunkturumfrage des IW Köln vorgenommen. Bereits seit 1992 befragt das IW Köln ostdeutsche Unternehmen nach ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren konjunkturellen Perspektiven. Im Jahr 2002 wurde die traditionelle Ostumfrage erstmals auf Westdeutschland ausgeweitet. Die Befragung wird im Auftrag des IW Köln im Frühjahr und im Herbst durch das amsa-Institut durchgeführt. Die Ergebnisse zur Konjunkturumfrage und zu den Zusatzfragen sind auch zu finden unter: <http://www.konjunktur-in-deutschland.de/umfragen>.

Die befragten Unternehmen verteilen sich auf fünf Wirtschaftsbereiche (Tabelle), und zwar die Hersteller von Grundstoffen, Investitions- und Konsumgüter (die zusammen als Industrie aggregiert werden können), das Baugewerbe und den Dienstleistungssektor. Die Bereiche Handel und Banken/Versicherungen sowie der öffentliche Sektor sind nicht enthalten.

Strukturdaten zur IW-Konjunkturumfrage

Tabelle

Anteile bezogen auf die Herbstumfrage 2015 in Prozent

Region	Westdeutschland			Ostdeutschland	
		80,8			19,2
Wirtschaftsbereich	Vorleistungen	Investitionsgüter	Konsumgüter	Baugewerbe	Dienstleistungen
	14,0	15,7	7,8	4,8	57,8
Unternehmensgröße ¹⁾	1 bis 49		50 bis 499		500 und mehr
	28,9		50,3		20,8

1) Auf Basis der Beschäftigten.
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/263186/storage/master/download/tab.xlsx

Die Unternehmen werden in der Konjunkturumfrage nach ihrer derzeitigen Lage, in der Herbstumfrage nach ihren Erwartungen für das kommende Jahr und in der Frühjahrsumfrage nach den Perspektiven für das laufende Jahr gefragt. Dabei werden von den Firmen die Einschätzungen hinsichtlich Produktion, Exporte, Investitionen, Beschäftigung, Preise und Erträge abgegeben.

Die Konjunkturumfrage wird regelmäßig durch eine Zusatzfrage ergänzt. Diese zielt auf ein aktuelles konjunkturrelevantes Sonderthema ab. So wurden die Unternehmen zum Beispiel im Herbst 2012 dazu befragt, ob und wie die europäische Staatsschuldenkrise ihre Investitionsentscheidungen im Inland beeinflusst. Im Herbst 2013 wurde danach gefragt, ob und wie stark sie in ihren gegenwärtigen Geschäftsabläufen regelmäßig durch Infrastrukturprobleme beeinträchtigt werden (Bardt et al., 2014). Bei der Auswertung der Zusatzfrage wird im Gegensatz zur Konjunkturanalyse auf ungewichtete Ergebnisse zurückgegriffen. Die Gewichtung der Konjunkturdaten erfolgt anhand der Beschäftigungsgröße, teilweise werden Umsatzgrößen relativierend herangezogen.

In der Konjunkturumfrage vom Herbst 2015 befragte das IW Köln die Unternehmen, ob sie für Deutschland insgesamt eine langfristig eher schwach wachsende Wirtschaft erwarten. Es wurde im Gegensatz zu anderen Zusatzfragen im Rahmen der IW-Befragung nicht nach der Perspektive für das eigene Unternehmen, sondern nach der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gefragt. An dieser

Zusatzfrage beteiligten sich insgesamt fast 3.000 Unternehmen. Die Resultate liegen nach den großen Wirtschaftsbereichen, nach Unternehmensgrößen sowie für West- und Ostdeutschland vor.

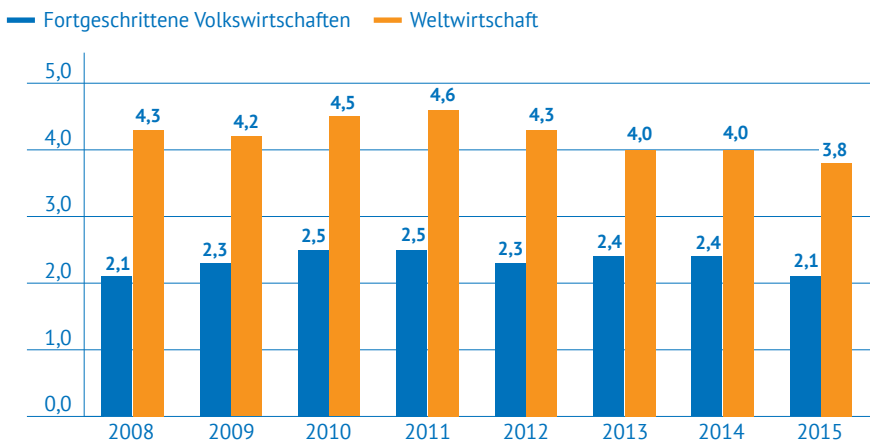
Erwarten die deutschen Unternehmen eine Säkulare Stagnation?

Diese Befragung erfolgt im Kontext der für die Weltwirtschaft zuletzt zurückgestuften Wachstumserwartungen. Abbildung 2 zeigt dazu für die dargestellten Jahre, wie hoch das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den jeweils folgenden fünf Jahren eingeschätzt wurde. Zum Beispiel wurde im Herbst 2015 für die Jahre 2016 bis 2020 ein jahresdurchschnittliches Wachstum des realen Welt-BIP in Höhe von 3,8 Prozent erwartet. In den Jahren 2010 und 2011 war die Fünfjahresprojektion um jeweils über 3/4 Prozentpunkte höher. Zur Veranschaulichung: Diese Wachstumskorrektur entspricht bezogen auf die globale Wirtschaftsleistung des Jahres 2015 einem jährlichen globalen Produktionsausfall in den kommenden Jahren in einer Größenordnung von 550 bis 600 Milliarden US-Dollar. Die schwächeren Wachstumserwartungen gelten jüngst vor allem für die aufstrebenden Volkswirtschaften, aber auch für die fortgeschrittenen Länder:

Mittelfristige Wachstumserwartungen für die Weltwirtschaft

Abbildung 2

Erwartungen¹⁾ für die jahresdurchschnittliche Veränderung des realen BIP der Weltwirtschaft und der fortgeschrittenen Volkswirtschaften²⁾ in den jeweils folgenden fünf Jahren in Prozent

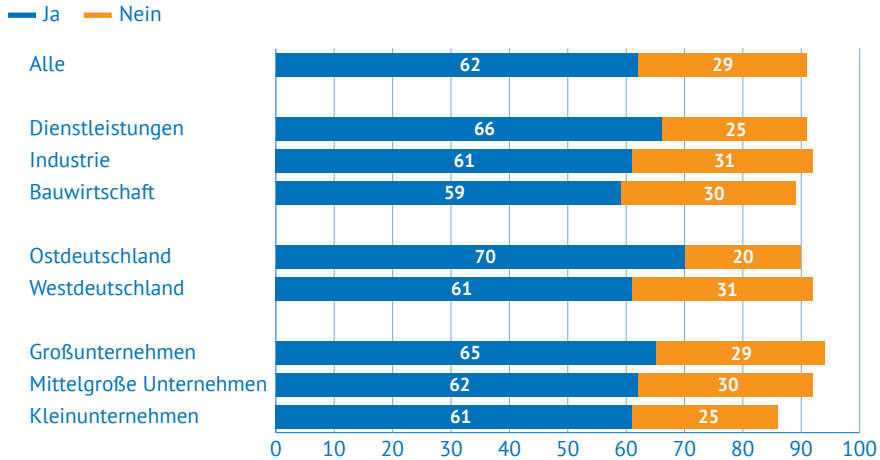


1) Jeweils IMF-Herbstprognose. 2) IMF-Abgrenzung Advanced Economies.
 Quelle: IMF

Erwartungen zu einer Säkularen Stagnation in Deutschland

Abbildung 3

Angaben¹⁾ in Prozent der befragten Unternehmen²⁾ auf die Frage „Erwarten Sie, dass die deutsche Wirtschaft langfristig eher langsam wachsen wird?“



1) Rest zu 100: keine Angabe. 2) Befragung von 2.362 Unternehmen in Westdeutschland und 561 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2015.
Quelle: Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/263190/storage/master/download/abb3.xlsx

Deren aktuelle Wachstumsperspektiven von durchschnittlich 2,1 Prozent für die kommenden fünf Jahre liegen wieder auf dem Niveau vom Herbst 2008, also dem Tiefpunkt der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Gegenüber den vorhergehenden Herbstprognosen wurden die Fünfjahresprojektionen um gut 1/3 Prozentpunkt nach unten korrigiert.

Vor diesem Hintergrund zeigt Abbildung 3 mit Blick auf Deutschland, dass hierzulande 62 Prozent aller an der Befragung teilnehmenden Unternehmen eher eine anhaltend schwache Wirtschaftsentwicklung erwarten. Knapp 30 Prozent der Unternehmen teilen diese Ansicht nicht. Die verbleibenden knapp 9 Prozent äußern zu dieser Frage keine Meinung.

Es überrascht, dass die Dienstleistungsbereiche im Durchschnitt mit 66 Prozent einen um fast 5 Prozentpunkte höheren Wachstumspessimismus zum Ausdruck bringen als die Industrieunternehmen. Bei Letzteren könnte vermutet werden, dass sie stärker von einem schwächeren globalen Umfeld belastet werden. Innerhalb der Industrie haben die Hersteller von Vorleistungsgütern mit gut

64 Prozent einen höheren Wert als die Hersteller von Investitionsgütern (60 Prozent) und Konsumgütern (58 Prozent). Im Bausektor gehen 59 Prozent der Unternehmen von einer zukünftig eher moderaten Wirtschaftsentwicklung aus. Insgesamt halten sich aber die Branchenunterschiede in Grenzen. In allen Bereichen dominieren die eher pessimistisch gestimmten Unternehmen das Erwartungsbild.

Auffallend ist dagegen der merkbare Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland. Mit gut 70 Prozent liegt der Anteil der ostdeutschen Unternehmen, die von einer anhaltenden Wachstumsschwäche in Deutschland ausgehen, um knapp 10 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. Diese divergierende Erwartungshaltung kann nicht mit den tatsächlichen Wachstumserfahrungen in den letzten Jahren erklärt werden: Die durchschnittliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) war in Westdeutschland (ohne Berlin) und Ostdeutschland (einschließlich Berlin) im Zeitraum 2008 bis 2014 identisch – dies gilt explizit auch für die Jahre 2012 bis 2014. Mit Blick auf die Branchen fällt auf, dass die Unterschiede nicht im Dienstleistungsbereich auftreten, sondern vor allem im Bau- und Industriebereich. Hier besteht jeweils eine Differenz von rund 10 Prozentpunkten zwischen Ost- und Westdeutschland. Dies kann daran liegen, dass Ostdeutschland über eine geringere industrielle Basis verfügt und die Bauwirtschaft möglicherweise aufgrund der schlechteren demografischen Entwicklung in Ostdeutschland dort höhere Anpassungslasten erwartet.

Hinsichtlich der Unternehmensgröße gibt es eine Abstufung: Mit der Unternehmensgröße steigt ebenfalls der Wachstumspessimismus. Allerdings halten sich auch hier die Unterschiede in Grenzen. Während bei den Großunternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern 65 Prozent eine eher schwächere Wirtschaftsentwicklung erwarten, sind dies in den mittelgroßen und kleinen Firmen etwas über 60 Prozent.

Mit Ausnahme der Ost-West-Differenz liefert die IW-Umfrage insgesamt ein relativ homogenes Bild bezüglich der zukünftigen Wachstumsperspektiven in Deutschland. Annähernd zwei Drittel der Betriebe, die sich zu dieser Zusatzfrage äußerten, gehen zurückhaltend in die Zukunft.

Was kann eine anhaltende Wachstumsschwäche erklären?

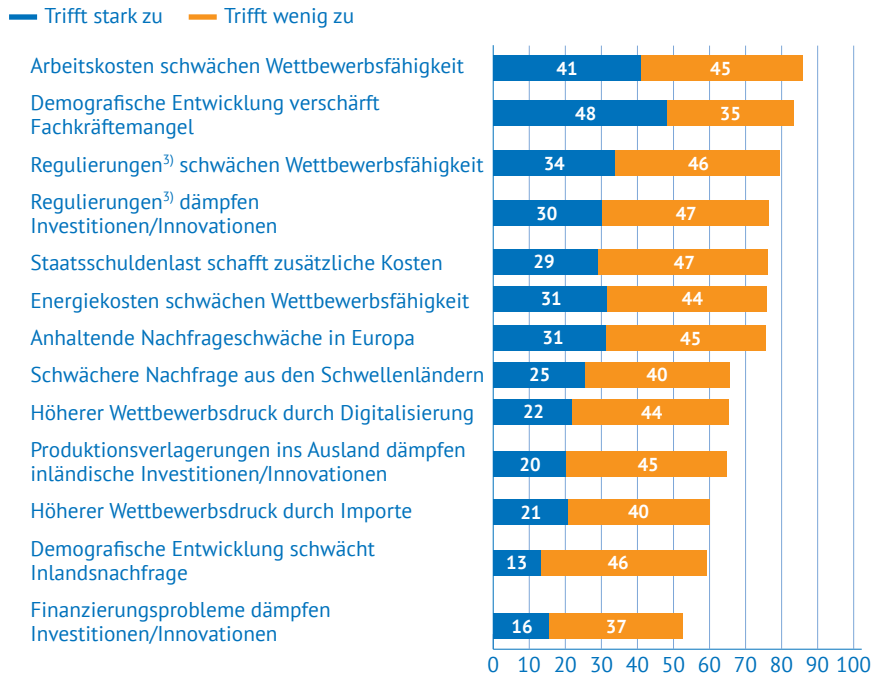
Neben dieser Gesamteinschätzung der Unternehmen werden durch die Befragung auch Informationen über die Begründungen erhoben. Dazu standen den Unternehmen insgesamt 13 vorgegebene Argumente zur Auswahl (Abbildung 4). Eigene Gründe konnten nicht geäußert werden. Bei der Beantwortung konnten die folgenden drei Möglichkeiten gewählt werden: 1. Trifft stark zu, 2. Trifft wenig zu und 3. Trifft nicht zu. Außerdem hatten die Unternehmen die Alternative, keine Meinung zu äußern.

Bei der Analyse der Begründungen für eine künftig moderate wirtschaftliche Entwicklung können unterschiedliche Perspektiven eingenommen werden: Zum einen können alle Unternehmen betrachtet werden. Zum anderen können nur

Gründe für eine Säkulare Stagnation in Deutschland

Abbildung 4

Angaben¹⁾ in Prozent der befragten Unternehmen²⁾ auf die Frage „Welche Gründe sprechen dafür, dass die deutsche Wirtschaft langfristig eher langsam wachsen wird?“



1) Rest zu 100: Trifft nicht zu. 2) Befragung von 2.362 Unternehmen in Westdeutschland und 561 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2015. 3) Arbeitsmarkt- und Produktmarktregulierungen.
 Quelle: Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln

die Antworten derjenigen Unternehmen ausgewertet werden, die von einer langfristigen Wachstumsschwäche ausgehen („Pessimisten“). Beide Begründungsmuster und ihre Unterschiede werden in Abbildung 6 dargestellt.

Abbildung 4 zeigt zunächst die Reihenfolge der Argumente. Um einen Gesamteindruck zu erhalten, werden die Anteile „Trifft stark zu“ und „Trifft wenig zu“ addiert. Das Antwortprofil weist darauf hin, dass die dargestellte Differenzierung in erster Linie durch die Antwortoption „Trifft stark zu“ entsteht. Die Anteile der Alternative „Trifft wenig zu“ weisen dagegen geringe Schwankungen auf. Die Anteile liegen größtenteils nahe bei einem Wert von rund 45 Prozent. Die Standardabweichung beträgt hier nur ein Drittel der Antwortkategorie „Trifft stark zu“.

An erster Stelle der stark zutreffenden Argumente steht die Perspektive, dass die demografische Entwicklung den Fachkräftemangel in Deutschland verschärft. Diese Erwartung spiegelt sich auch in anderen Analysen zu dem Thema Fachkräfte wider (Anger et al., 2014). Für fast die Hälfte aller Unternehmen stellt dies einen hochrelevanten Grund für eine anhaltende Wachstumsschwäche dar. Die Dienstleistungsunternehmen erwarten dabei höhere Bremseffekte als die Industrieunternehmen. Schon derzeit steht Deutschland mit Blick auf die demografische Entwicklung faktisch schlechter da als eine Reihe von fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Durchschnitt (Abbildung 5): Der Anteil der Personen im Alter von über 65 Jahren an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ist hierzulande deutlich höher als im Durchschnitt der neben Deutschland betrachteten 19 Länder.

An zweiter Stelle stehen die Arbeitskosten. Dieser Kostenfaktor stellt auch in anderen Unternehmensbefragungen ein wichtiges Argument dar, zum Beispiel mit Blick auf Unternehmensinvestitionen im Inland und Ausland (DIHK, 2015). Faktisch hat die deutsche Wirtschaft – vor allem die deutsche Industrie – im internationalen Vergleich hohe Arbeitskosten (Abbildung 5). Durch die ebenfalls höhere Produktivität fällt der Lohnstückkostennachteil geringer aus. Neben der Höhe hat die Entwicklung der Arbeits- und Lohnstückkosten in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder verschlechtert hat (Schröder, 2015). Nennenswerte Unterschiede in der Bedeutung der Arbeitskosten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gibt es mit Blick auf die Industrie- und Dienstleistungsunternehmen nicht.

Kosten- und Angebotsfaktoren im internationalen Vergleich

Abbildung 5

Werte für Deutschland; Index: Internationaler Durchschnitt¹⁾ = 100



1) Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, USA und Vereinigtes Königreich. 2) Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2014. 3) Strompreise für die Industrie in US-Cent je Kilowattstunde im Jahr 2014. 4) OECD-Arbeitsmarktregulierungsindex für 2013. 5) Anteil der Personen im Alter von über 65 Jahren in Prozent der Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Jahr 2015. 6) Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde zur Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2014. 7) OECD-Produktmarktregulierungsindex für 2013.
Quellen: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2016



http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/263192/storage/master/download/abb5.xlsx

Mit Abstand werden Regulierungen der Arbeits- und Produktmärkte als relevante Begründungen für ein zukünftig schwächeres Wachstum angeführt. Zumindest bei den Arbeitsmarktregulierungen hat Deutschland auf Basis der OECD-Indikatoren im internationalen Vergleich ein hohes Niveau (Abbildung 5). Bei den Produktmarktregulierungen, zu denen zum Beispiel Handelsbeschränkungen und administrative Hürden für Unternehmensgründungen gehören, schneidet Deutschland etwas besser ab als der hier zugrunde gelegte Länderdurchschnitt. Insgesamt sieht im Rahmen der IW-Umfrage gut ein Drittel der Betriebe solche Regulierungen als Grund für eine schwächere Wettbewerbsfähigkeit. 30 Prozent aller Unternehmen geben an, dass Regulierungen die Investitions- und Innovationstätigkeit dämpfen. Nimmt man noch die Unternehmen hinzu, für die diese Argumente nur in geringem Ausmaß zutreffen, dann haben Regulierungen als Begründung für ein anhaltend schwaches Wachstum in der Zukunft eine Bedeutung für vier von fünf Unternehmen. Auch hier gibt es keine relevante Differenz zwischen Industrie- und Dienstleistungsfirmen.

Für rund 30 Prozent aller Unternehmen haben die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten in Deutschland, die Kosten, die möglicherweise aus der hohen Staatsschuldenlast erwachsen (z. B. höhere Steuern), und eine anhaltende Nachfrageschwäche in Europa eine hohe Bedeutung für ein zukünftig anhaltend

schwaches Wachstum hierzulande. Für jeweils rund 45 Prozent der Unternehmen treffen diese Argumente zumindest schwach zu. Besonders bei den Energiekosten zeigt sich eine deutlich höhere Anfälligkeit der Industrieunternehmen. Vor allem bei den Vorleistungsproduzenten sprechen 42 Prozent davon, dass die Energiekosten in starkem Ausmaß die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen. Faktisch hat die deutsche Industrie im internationalen Vergleich hier ein erhebliches Kostenhandicap (Abbildung 5).

Eine anhaltende Nachfrageschwäche aus den Schwellenländern, die in den letzten 15 Jahren für den deutschen Außenbeitrag und das dadurch angetriebene Wachstum bedeutsam waren, ist für ein Viertel der Unternehmen ein wichtiger Grund für eine Säkulare Stagnation. Dabei muss sicherlich auch beachtet werden, dass vom Handel mit den aufstrebenden Volkswirtschaften nur ein Teil der deutschen Unternehmen direkt betroffen ist. Insofern überrascht dieser im Vergleich mit den anderen Argumenten niedrigere Anteilswert nicht. Deutliche Unterschiede gibt es hierbei allerdings mit Blick auf die großen Wirtschaftsbe-
reiche. Knapp 23 Prozent der Dienstleistungsunternehmen begründen die Gefahr einer anhaltenden Wachstumsschwäche hierzulande mit einer Nachfrageschwäche der Schwellenländer. Im Industriebereich sind es dagegen knapp 30 Prozent, bei den Herstellern von Investitionsgütern sogar 34 Prozent.

Während einerseits die ökonomischen Potenziale infolge einer zunehmenden Digitalisierung des Wirtschaftslebens zusätzliche Wachstumschancen eröffnen können, werden sie von den Unternehmen andererseits aber auch als eine Bedrohung und damit als eine Wachstumsbremse wahrgenommen. So zeigt beispielsweise die Untersuchung von Frey und Osborne (2013), dass in den USA fast die Hälfte der Arbeitsplätze in den nächsten Dekaden durch die Digitalisierung bedroht sein könnte. Gleichwohl fehlt für solche Bedrohungsszenarien oftmals eine solide empirische Basis (Hammermann/Stettes, 2015). Im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage nennen 22 Prozent aller Unternehmen den höheren Wettbewerbsdruck infolge neuer digitaler Geschäftsmodelle als einen stark zutreffenden Grund für eine anhaltende Stagnation in Deutschland. Vor allem im Dienstleistungssektor ist diese Befürchtung mit knapp 29 Prozent der Unternehmen stärker ausgeprägt.

Rund ein Fünftel der Unternehmen geht davon aus, dass eine anhaltende Wachstumsschwäche hierzulande durch Produktionsverlagerungen ins Ausland ausgelöst wird. Diese bremst Investitionen und Innovationen in Deutschland und schwächt damit das Wachstumspotenzial. Auch ein höherer Wettbewerbsdruck infolge von Importen – also eine zunehmende ausländische Konkurrenz auf dem heimischen Markt – gilt für ein Fünftel der Firmen als ein Grund für kommende Wachstumsprobleme. Hier sind die Werte für die Industrie deutlich höher als im Dienstleistungsbereich.

Schließlich gab es noch die Antwortoption, dass die demografische Entwicklung in Deutschland nicht nur das bereits erwähnte Fachkräfte- und Angebotsproblem verschärft, sondern auch zu einer Nachfrageschwäche hierzulande führt, die dann in einer Säkularen Stagnation mündet. Nur 13 Prozent der Unternehmen bejahen dies. Während die Unterschiede zwischen der gesamten Industrie und dem Dienstleistungsbereich gering sind, wird dieses Argument vor allem im Bausektor mit 18 Prozent stärker betont.

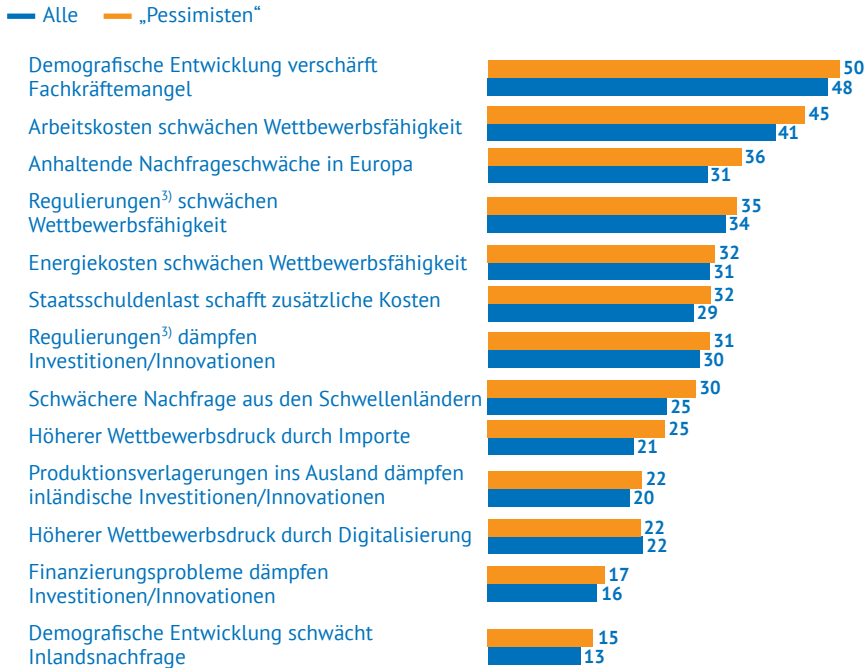
Die IW-Umfrage macht deutlich, dass Finanzierungsprobleme aus Sicht der deutschen Unternehmen keine wichtige Begründung für eine Wachstumsschwäche darstellen. Für nur 16 Prozent der Unternehmen trifft dieses Argument stark zu. Die Einschätzung, dass in Deutschland die Gefahr von Finanzierungsschwierigkeiten oder einer Kreditklemme eher von untergeordneter Bedeutung ist, wurde bereits bei einer vorhergehenden Befragung abgegeben. Im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage vom Herbst 2014 wurden die Unternehmen nach aktuellen Investitionshemmnissen in Deutschland gefragt (Bardt et al., 2015). Für nur 15 Prozent der Unternehmen waren Finanzierungsschwierigkeiten eine starke Investitionsblockade. Dieses Argument rangierte bei jener Fragestellung ebenfalls auf dem letzten Platz.

Mit Abbildung 6 wird gezeigt, ob das Begründungsmuster aller Unternehmen stark von dem der „Pessimisten“, also jener Unternehmen, die von einer Säkularen Stagnation ausgehen, abweicht. Dabei werden hier nur die Anteile der Unternehmen herangezogen, für die die jeweiligen Argumente stark zutreffen. Dadurch ändert sich auch die Reihenfolge der Begründungen im Vergleich zu Abbildung 4, bei der auch die Kategorie „Trifft wenig zu“ berücksichtigt wurde.

Argumente der Wachstumspessimisten im Vergleich

Abbildung 6

Anteil der Unternehmen¹⁾, für die folgende Gründe stark zutreffen²⁾; Angaben in Prozent jeweils für alle Unternehmen und für die Unternehmen, die langfristig von einer Wachstumsschwäche in Deutschland ausgehen („Pessimisten“)



1) Befragung von 2.362 Unternehmen in Westdeutschland und 561 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2015. 2) Rest zu 100: „Trifft wenig zu“ und „Trifft nicht zu“.

3) Arbeitsmarkt- und Produktmarktregulierungen.

Quelle: Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln

http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/263193/storage/master/download/abb6.xlsx

Mit einer Ausnahme – Höherer Wettbewerbsdruck durch Digitalisierung – bewerten die „Pessimisten“ erwartungsgemäß die Argumente stärker als die Grundgesamtheit aller Unternehmen. Größtenteils sind die Unterschiede jedoch kaum relevant. Merklich höhere Anteile haben die Unternehmen, die eine anhaltende Wachstumsschwäche erwarten, bei vier Argumenten:

- Nachfrageschwäche in Europa (36 versus 31 Prozent),
- Wettbewerbsdruck durch Importe (25 versus 20,5 Prozent),
- Nachfrageschwäche der Schwellenländer (29,5 versus 25,5 Prozent),
- Arbeitskosten (45 versus 41 Prozent).

Wirtschaftspolitische Implikationen

Die in Abbildung 6 dokumentierten Ergebnisse können mit Blick auf die wirtschaftspolitischen Implikationen weiter zusammengefasst werden. Dabei werden die Argumente der „Pessimisten“ herangezogen und ausschließlich die Anteilswerte, denen die Bewertung „Trifft stark zu“ zugrunde liegen. Aus dem Vergleich von Abbildung 4 und 6 zeigt sich, dass die nachfrageseitigen Argumente an Bedeutung zunehmen, wenn zum einen die „Pessimisten“ und zum anderen nur die Kategorie „Trifft stark zu“ betrachtet werden. Aber selbst dann stehen die nachfrageseitigen Begründungen nicht an erster Stelle. Fasst man die drei Nachfragegründe – Nachfrageschwäche in Europa (36 Prozent), Nachfrageschwäche der Schwellenländer (30 Prozent) und Nachfrageschwäche im Inland wegen der demografischen Entwicklung (15 Prozent) – zusammen und bildet ein einfaches arithmetisches Mittel, dann ergibt sich ein Wert in Höhe von 27 Prozent. Bei einer gleichartigen Aggregation der fünf als direkt angebotsseitig interpretierbaren Argumente – Fachkräftemangel (50 Prozent), Arbeitskosten (45 Prozent), Regulierungen (35 und 31 Prozent) sowie Energiekosten (32 Prozent) – ergibt sich ein erheblich höherer Durchschnittswert von 39 Prozent. In der Einzelbetrachtung kann nur ein Nachfrageargument einen höheren Anteil aufweisen als jeweils die fünf direkten Angebotsgründe.

Dieser Befund kann dahingehend interpretiert werden, dass die Unternehmen in Deutschland, die von einer Säkularen Stagnation ausgehen, in erster Linie angebotsseitige Begründungen anführen. Dies ist mit merklichem Abstand die Gefahr eines Fachkräftemangels und dessen Implikationen für das künftige Wachstumspotenzial. Es wird aber auch deutlich, dass die Arbeits-, Energie- und Regulierungskosten wichtige Begründungen für eine mögliche Säkulare Stagnation in Deutschland darstellen.

Auf Basis dieser empirischen Bestandsaufnahme, die wie jede Befragung von den jeweiligen Umständen und Informationen des Befragungszeitraums – hier Herbst 2015 – beeinflusst wird, können folgende wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen gezogen werden:

- Da die Gefahr einer anhaltenden Wachstumsschwäche infolge von Nachfrageproblemen von den Unternehmen eher als nachrangig gesehen wird, ergibt sich kein nachfragepolitischer Handlungsbedarf in Deutschland. Vielmehr werden die Kosten, die mit dem bereits hohen staatlichen Verschuldungsgrad einhergehen, selbst als ein Grund für eine Säkulare Stagnation angesehen. Dies kann als eine indirekte Absage der Unternehmen an ein „deficit spending“ verstanden werden.
- Die Dominanz der angebotsseitigen Begründungen für eine anhaltende Wachstumsschwäche in Deutschland spricht für eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Dabei werden explizit die Regulierungen vor allem an den Arbeits- und Produktmärkten genannt. Die politischen Entscheidungen in den letzten Jahren haben hier eher zu einer Verschlechterung geführt (IW Köln/IW Consult, 2015, 152 ff.). Auch die Entwicklung der Energie- und Arbeitskosten hat die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zuletzt beeinträchtigt.

Literatur

Anger, Christina / Geis, Wido / Plünnecke, Axel / Seyda, Susanne, 2014, Demografischer Wandel und Fachkräftesicherung – Ein Fortschrittsbericht, IW-Analysen, Nr. 94, Köln

Bardt, Hubertus / Chrischilles, Esther / Fritsch, Manuel / Grömling, Michael / Puls, Thomas / Röhl, Klaus-Heiner, 2014, Die Infrastruktur in Deutschland. Zwischen Standortvorteil und Investitionsbedarf, IW-Analysen, Nr. 95, Köln

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael / Hüther, Michael, 2015, Schwache Unternehmensinvestitionen in Deutschland? Diagnose und Therapie, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 64. Jg., Nr. 2, S. 224–250

Brynjolfsson, Erik / McAfee, Andrew, 2014, The Second Machine Age. Work, Progress, and Prosperity in a Time of Brilliant Technologies, New York

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag, 2015, Gegenwind nimmt zu: Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2015, Berlin

Frey, Carl B. / Osborne, Michael A., 2013, The future of employment: How susceptible are jobs to computerization?, University of Oxford

Gordon, Robert J., 2014, The turtle's progress: Secular stagnation meets the headwinds, in: Teulings, Coen / Baldwin, Richard, Secular Stagnation: Facts, Causes and Cures, Brüssel, S. 47–59

Hammermann, Andrea / Stettes, Oliver, 2015, Beschäftigungseffekte der Digitalisierung – Erste Eindrücke aus dem IW-Personalpanel, in: IW-Trends, 42. Jg., Nr. 3, S. 77–94

Hansen, Alvin, 1939, Economic Progress and Declining Population Growth, in: American Economic Review, 29. Jg., Nr. 1, S. 1–15

IW Köln – Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2016, Standort Deutschland. Ein internationaler Vergleich, Köln

IW Köln / IW Consult – Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult (Hrsg.), 2015, Digitalisierung, Vernetzung und Strukturwandel: Wege zu mehr Wohlstand, Erster IW-Strukturbericht, Köln

Matthes, Jürgen, 2016, Liberale Wirtschaftspolitik im Zeichen der Debatte über Säkulare Stagnation und Pikettys Kapitalismuskritik, IW policy paper, Nr. 1, Köln

Schröder, Christoph, 2015, Lohnstückkosten im internationalen Vergleich – Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit erodiert, in: IW-Trends, 42. Jg., Nr. 4, S. 91–110

Summers, Laurence, 2014, Reflections on the 'New Secular Stagnation Hypothesis', in: Teulings, Coen / Baldwin, Richard, 2014, Secular Stagnation: Facts, Causes and Cures, Brüssel, S. 27–38

Teulings, Coen / Baldwin, Richard, 2014, Secular Stagnation: Facts, Causes and Cures, Brüssel

Uebele, Martin, 2016, Trendvariation oder Säkulare Stagnation? Wachstum und Wirtschaftspolitik in historischer Perspektive, IW-Reports, Nr. 1, Köln

Secular Stagnation – The Expectations and Explanations of German Companies

Roughly two thirds of the enterprises questioned by the Cologne Institute for Economic Research expect German economic development to remain weak. The differences between the main sectors of the economy and enterprise size are slight. Those firms which assume there will be secular stagnation see the reasons primarily on the supply side, citing the danger of a skills shortage and the costs of labour, energy and regulation, for instance. This suggests the need for an improvement in the business environment for the economy as a whole rather than a demand-side economic policy.